

Gemeinsame Erklärung zur Stahlindustrie in Brandenburg

- **des Ministeriums für Wirtschaft und Energie des Landes Brandenburg**
- **der IG Metall, Bezirksleitung Berlin-Brandenburg-Sachsen**
- **der Wirtschaftsvereinigung Stahl**

(1) Für eine starke und wettbewerbsfähige Industrie in Brandenburg

Stahl in Brandenburg hat eine bewegte Vergangenheit und in vielen kritischen Situationen haben die Partner Land Brandenburg, IG Metall und die Unternehmen für den Erhalt und den Erfolg der Betriebe Hand in Hand gearbeitet. Erst diese enge Zusammenarbeit hat es ermöglicht, dass noch heute im Land Brandenburg hochwertiger Stahl produziert wird. Stahl als voll recycelfähiger Grundstoff bildet für viele innovative Produkte die Basis und ist in vielen industriellen Wertschöpfungsketten integraler Bestandteil - von der Forschung bis zur Fertigung. Die Stahlstandorte in Brandenburg bilden einen industriellen Kern in meist strukturschwachen Regionen und sorgen damit für regionale Beschäftigung weit über die direkt Beschäftigten hinaus. Arbeitsplätze und Standorte dürfen deshalb nicht politisch bedingt durch einen verschärften Emissionsrechtehandel sowie unfaire Wettbewerbsbedingungen gefährdet werden.

In Brandenburg werden gegenwärtig 4,3 Millionen Tonnen Rohstahl hergestellt. Das entspricht ca. 10 Prozent der Produktion in Deutschland. In der Stahlindustrie in Brandenburg sind 4.200 Menschen direkt beschäftigt und erzeugen/verantworten damit eine gesamtwirtschaftliche Beschäftigung von 25.200 deutschlandweit.

Die Energiewende bedeutet eine zentrale gesellschaftliche Herausforderung. Die Stahlindustrie in Brandenburg stellt sich den zentralen Zukunftsaufgaben für Wirtschaft und Gesellschaft und somit auch dem Klimaschutz. Vor diesem Hintergrund sollten die neuen Bestimmungen zum Europäischen Emissionshandel Energieeffizienz und Modernisierung anreizen, ohne die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu gefährden.

(2) Energie und Klimaschutzpolitik

Gemeinsames Ziel ist die globale Reduktion von CO₂-Emissionen und der Klimaschutz. Die Energiewende mit dem umfassenden Umbau der Energieversorgung – von derzeit zentral zu zukünftig weitgehend dezentral – ist mit enormen Herausforderungen verbunden.

Das Ministerium für Wirtschaft und Energie des Landes Brandenburg, die Wirtschaftsvereinigung Stahl und die IG Metall, Bezirk Berlin-Brandenburg-Sachsen bekennen sich zur Energiewende und werden sich aktiv in ihre weitere Ausgestaltung einbringen. Die Energiestrategie 2030 des Landes Brandenburg ist Orientierungsrahmen für die Weiterentwicklung des Energiesektors im Land Brandenburg.

Zielstellung der Energiestrategie 2030 ist und bleibt die Verringerung des CO₂-Ausstoßes und die Einhaltung internationaler Vereinbarungen zum Klimaschutz. Dabei ist die Umstellung des Energiesystems auf erneuerbare Energien, inklusive der

erforderlichen Systemintegration der erneuerbaren Energien, ein wichtiger Schwerpunkt. Daneben werden aber nach wie vor die konventionellen Energien, insbesondere auch die heimische Braunkohle, noch für einen längeren Zeitraum zur Gewährleistung einer zu jeder Zeit sicheren und preiswürdigen Versorgung gebraucht.

Auch wenn Brandenburg ein Schrittmacher der Energiewende ist, bei der Steigerung der Energieeffizienz und der Erschließung von zahlreichen Einsparpotenzialen in den Bereichen Strom, Wärme und Mobilität müssen noch erhebliche Anstrengungen unternommen werden – wir müssen dieses Potential zukünftig viel stärker heben.

Energieintensive Branchen wie die Stahlindustrie haben schon aus Kostengründen ein fortwährendes Interesse, ihre Energieeffizienz zu verbessern. Dabei kann die Stahlbranche in Deutschland hervorragende Entwicklungen vorweisen. Dass die Bemühungen fortgesetzt werden, zeigt sich auch daran, dass alle Stahlunternehmen in Brandenburg zertifizierte Energiemanagementsysteme betreiben. Mittlerweile sind bei Energieverbrauch und CO₂-Emissionen jedoch prozessbedingte Grenzen erreicht.

Wir wollen mit innovativen Projekten die Erschließung weitere Energieeffizienz- und Energieeinsparpotentiale durch die brandenburgische Stahlindustrie fördern. Unser gemeinsames Ziel ist es, den Übergang zu einer CO₂-armen Industrie mit Nachdruck zu unterstützen. Um durchgreifende CO₂-Senkungen zu erreichen, ist eine langfristige Forschung an neuen Verfahren und Technologien erforderlich. Ergebnisse zur großindustriellen und wirtschaftlichen Umsetzung sind vor 2030 nicht zu erwarten. Die Stahlindustrie benötigt daher Zeit und finanziellen Spielraum, um diese Forschung zu betreiben.

Auch vor diesem Hintergrund betrachten die Unterzeichner die Vorschläge der Europäischen Kommission zur künftigen Ausgestaltung des EU-Emissionsrechtehandels mit großer Sorge. Die vorgesehene starke Verknappung der freien Zuteilung von Zertifikaten für die energieintensiven Branchen würde eine erhebliche Kostensteigerung und Wettbewerbsverzerrung für die Stahlindustrie bedeuten. Darüber hinaus werden erhebliche Zusatzkosten für Stahlunternehmen und Stahlbranche befürchtet durch die Vorschläge:

- einer pauschalen Verringerung der Benchmarks ohne Rücksicht auf die technische und wirtschaftliche Machbarkeit,
- einer weiteren Anwendung des Sektor übergreifenden Kürzungsfaktors und
- einer nur anteiligen Strompreiskompensation.

In der Konsequenz könnte diese Entwicklung existenzgefährdende Ausmaße für die Stahlunternehmen und nicht absehbaren Folgen für die industrielle Wertschöpfungskette nach sich ziehen. Der Emissionshandelsvorschlag muss überarbeitet werden, um der Stahlindustrie auch künftig eine wettbewerbsfähige Produktion, Investitionsperspektive und damit Sicherheit für die Beschäftigten zu ermöglichen.

Wir werden uns gemeinsam dafür einsetzen, dass die internationale Wettbewerbsfähigkeit der brandenburgischen Stahlindustrie gewahrt bleibt.

Die Kosten der Energiewende müssen zukünftig gerechter verteilt werden und zugleich für die energieintensive Industrie tragbar bleiben. Der Einsatz der Bundesregierung für die Beibehaltung der besonderen Ausgleichsregelung im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) wird begrüßt. Notwendig ist aber auch die dauerhafte und vollständige Befreiung der in der Stahlindustrie typischen Eigenstromerzeugung auf

Basis von Kuppelgasen und anderer Restenergien von der EEG-Umlage für Bestands- und Neuanlagen, da diese ökologisch sinnvoll ist.

Die Stahlindustrie ist ein Werkstofflieferant mit zentraler Bedeutung für industrielle Wertschöpfungsketten in Brandenburg und auch über das Bundesland hinaus. Sie sind notwendig und unverzichtbar zur Sicherung der leistungsfähigen und innovativen Industrie in Deutschland.

Vor diesem Hintergrund ist es das gemeinsame Interesse der Teilnehmer, den Industriestandort Brandenburg vorausschauend zu stärken.

(3) Globaler Handel

Die Stahlindustrie befindet sich im Herbst 2015 weltweit in einer Krise. Ursächlich ist vor allem der Einbruch der Stahlpreise, bedingt vor allem durch den massiven Anstieg der Exporte zu Tiefstpreisen vor allem aus dem fernöstlichen Raum. Dieser Anstieg ist vor allem ein Resultat hoher Überkapazitäten beispielsweise in China.

Die Partner sehen mit Sorge, dass die chinesische Stahlindustrie mit offensichtlich gedumpten bzw. subventionierten Produkten den fairen Wettbewerb behindert.

Ein effektives Handelsschutzinstrumentarium der EU ist gerade jetzt unverzichtbar, um die bestehenden Verzerrungen im internationalen Handel auszugleichen.

Notwendig ist daher eine europäische Außenhandelspolitik, deren Instrumente konsequent, effektiv und mit der gebotenen Schnelligkeit ausgeschöpft werden, um Schaden von der Industrie abzuwenden.

Eine Anerkennung Chinas als Marktwirtschaft sollte von der Erfüllung der fünf Kriterien abhängig sein, die die EU selbst als Voraussetzungen hierfür definiert hat.

(4) Mitbestimmung

Die Mitbestimmung, insbesondere die Montanmitbestimmung, hat sich als Standortfaktor bewährt und trägt zur Sicherung und Stabilität der Brandenburger Stahlindustrie bei. Neue Herausforderungen sind vor diesem Hintergrund auch künftig sozialpartnerschaftlich und in enger Abstimmung mit der Landespolitik zu bewältigen. Grundlage ist dabei stets das gemeinsame Interesse am wirtschaftlichen Erfolg der Stahlindustrie und an der Absicherung und dem Ausbau von Beschäftigung auch in den Wertschöpfungsketten. Die Einbindung von Gewerkschaften und Betriebsräten in der nachhaltigen Standortentwicklung bieten in transnational aufgestellten Konzernen Alleinstellungsmerkmale, deren Potenziale es zu nutzen gilt.

(5) Forschung und Entwicklung

Für die Stahlindustrie in Brandenburg steht Innovation in besonderem Maße für Zukunftsfähigkeit. Deshalb sind Forschung und Entwicklung unabdingbar, wenn wir den Werkstoff Stahl nachhaltig gestalten wollen. Das regionale Forschungsnetzwerk Berlin-Brandenburg trägt mit seinem Know-how, der hohen Beteiligung von Unternehmen und Institutionen entscheidend dazu bei, dass Stahl seine Innovationskraft weiter ausspielt und Energieeffizienz gelebter Ausdruck kontinuierlicher Entwicklungsarbeit ist.

Moderne und hochfeste Stähle für den Automobil- und Konstruktionsbereich sind ohne Forschung nicht möglich - die Ergebnisse dieser Bemühungen zeichnen dafür verantwortlich, dass innovative Stähle in ihrer Anwendung – von Autos bis zu Wind-

rädern, Gebäuden und Maschinen - dazu beitragen, CO₂-Emissionen deutlich zu senken.

(6) Akzeptanz

Die Unterzeichner stehen für weitere Zukunftsinvestitionen in die Stahlindustrie. Sie wollen die Unternehmen unterstützen und für Akzeptanz für Industrieprojekte in der Bevölkerung werben. Dabei kommt es darauf an, die Argumente und Ängste kritischer Bürgerinnen und Bürger ernst zu nehmen, frühzeitig umfassend zu informieren und in einer offenen Diskussion nach fairen Lösungen zu suchen. Dabei gilt es aber auch, die mit Industrieprojekten und Innovationen verbundenen Chancen heraus zu stellen.

Produkte und Technologien der Industrie gründen sich auf ein breites Verständnis in der Bevölkerung. Sie tragen zur Lösung gesellschaftlicher Herausforderungen bei. Neue Anlagen zur Produktion und der Aus- und Umbau von Infrastrukturen bedürfen weiterhin gesellschaftlicher Akzeptanz. Brandenburg bekennt sich hier zu seiner Dialogkultur und zu seinen industriellen Kernen.

(7) Fazit

Die Stahlindustrie in Brandenburg ist technologisch und qualitativ mit ihren Produkten hervorragend aufgestellt. Sie ist die Werkstoffbasis für leistungsstarke und innovative Wertschöpfungsnetzwerke. Dabei bekennt sie sich zu ihrer umwelt- und sozialpolitischen Verantwortung und dem weiteren Ausbau von nachhaltigen Produktionsprozessen. Jedoch steht sie auch im Wettbewerb mit internationalen Unternehmen, die in weitaus geringerem Maße energie- und umweltpolitischen Vorgaben ausgesetzt sind. Zudem kann sich die Stahlindustrie in Brandenburg nicht den Folgewirkungen eines mit unlauteren Mitteln ausgetragenen Wettbewerbs auf den internationalen Märkten entziehen.

Die Unterzeichner sind sich darin einig, dass politische und rechtliche Rahmenbedingungen so gesetzt werden müssen, dass Investment-Leakage an den Industriestandorten in Europa und Deutschland vermieden und das Ziel der Europäischen Kommission einer Reindustrialisierung nicht gefährdet wird. Eine Anerkennung Chinas als Marktwirtschaft sollte von der Erfüllung der fünf Kriterien abhängig sein, die die EU selbst als Voraussetzungen hierfür definiert hat.

Sie setzen sich daher mit Nachdruck in Berlin und Brüssel für den Erhalt einer starken Industrie ein. Nur eine wettbewerbsfähige Industrie kann sich substanzerhaltende und zukunftssichernde Investitionen sowie eine nachhaltige Forschung und Entwicklung leisten. Anders wird es nicht möglich sein, dass die Wirtschaft auch in Zukunft Motor für Innovationen bleibt. Nur so können die hochwertigen Arbeitsplätze in der deutschen Stahlindustrie für die Zukunft nachhaltig gesichert und der Wohlstand unseres Landes weiter gewährleistet werden.

Albrecht Gerber
Minister für Wirtschaft und
Energie

Hans Jürgen Kerkhoff
Präsident der Wirtschafts-
vereinigung Stahl

Olivier Höbel
Bezirksleiter der IG Metall
Berlin-Brandenburg-
Sachsen

Potsdam, . Dezember 2015